

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3. Spalte. Postfreie. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Weg. Druck von E. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss Nord 3004.

Kaufkraft und Lohnpolitik.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Gesellschaft für Sozialreform in Hamburg wurde von dem Problem der Kaufkraft in ihrer Auswirkung auf die Wirtschaft gesprochen. Da im gegenwärtigen Deutschland etwa zwei Drittel der Erwerbstätigen Lohn- und Gehaltsempfänger sind, stellt sich die Frage der Kaufkraft auf das Lohn- und Gehaltsproblem zu. Was bedeutet Kaufkraftsteigerung durch von den Arbeitnehmern bzw. ihren Gewerkschaften erzwungene Lohn-erhöhung? Ausgelöst wurde die Debatte durch die bekannte Stellungnahme des schwedischen Professors Gustaf Cassel, der in der Zeitschrift „Soziale Praxis“ zu begründen suchte, daß Kaufkraftsteigerung durch künstliche Lohnsteigerung — und sprach vom Gewerkschaftsmonopol — zu Arbeitslosigkeit führen muß. Umgekehrt wäre das Absatzproblem gelöst und damit die Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft, wenn sich nur die Arbeiter entschließen wollten, zu jedem beliebigen, ihnen von den Unternehmern angebotenen „natürlichen“ Lohn — der sich frei auf dem Arbeitsmarkt bildet — zu arbeiten. Professor Cassel stützte sich bei seiner Feststellung auf die klassische Lehre der Nationalökonomie, d. h. er gab eine theoretische Beweisführung, wobei ihm das Wirtschaftsbild der Entstehungszeit dieser Lehre — ein Kapitalismus der freien Konkurrenz — vorzuschwebte.

Es war durchaus richtig, wenn der Hauptreferent in Hamburg, der Heidelberger Universitätsprofessor Emil Lederer, die verfänglichen Argumente von Cassel ebenfalls auf dem Wege der theoretischen Auseinandersetzung zu widerlegen bemüht war. Die Tatsachen der Wirtschaft, welche, wie Professor Lederer mit großem Nachdruck betonte, in ihren ausschlaggebenden Teilen (wie Umfang und Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen) nicht einmal bekannt sind, müssen unter allen Umständen gedeutet, ihr Sinn und ihre Bedeutung erforscht werden, zumal Tatsachen, die sich in verschiedenen Zeitpunkten ereigneten, nicht ohne weiteres, d. h. nicht ohne theoretische Überlegung, verglichen werden können. Professor Lederer hat sich vornehmlich zur Aufgabe gestellt, zu zeigen, wie grundverschieden das Wirtschaftsbild des gegenwärtig herrschenden Kapitalismus von jenem anderen geworden ist, das zur Grundlage der klassischen Lehre des ökonomischen Gleichgewichts und der Behauptungen Cassels diente.

Kann man sich eine kapitalistische Wirtschaft ohne Absatzschwierigkeiten (und daher ohne Arbeitslosigkeit) vorstellen? Eine Wirtschaft, in der folglich das Kaufkraftproblem gar nicht existiert, weil für jede Produktion der Verkauf gesichert ist, Produktion und Absatz als zwei Seiten desselben Prozesses von vornherein gegeben, Kauf und Verkauf als einander automatisch bedingende Vorgänge vollzogen werden? Ja, in der Theorie gibt es eine solche Wirtschaft. Man muß sich aber stets ihrer Voraussetzungen bewußt bleiben: in einer solchen Wirtschaft darf es keine Hemmungen der Warenproduktion und des Warenaustausches geben; freie Beweglichkeit der Waren und der Menschen, reibungsloser Ablauf der Wirtschaft, schnellste Anpassung an die veränderten Bedingungen (Bevölkerungszunahme, Verschiebungen in der Kapazität und Nachfrage der verschiedenen Produktionszweige), rascheste Änderung der Proportionen in der Produktion, sobald es sich herausstellt, daß die Produktionen einander nicht gut ergänzen (korrespondieren), reibungslose Überwindung der Gefahren, die im Zeitmoment liegen, d. h. in dem Umstand, daß sich die wirtschaftlichen Vorgänge zeitlich verschieden auswirken — unter solchen Voraussetzungen und unter der weiteren Annahme, daß in der Wirtschaft keine Reserven (unausgenützte Produktionsmittel) vorhanden sind —, unter solchen Voraussetzungen könnte man wohl von einem Zustand des wirtschaftlichen Gleichgewichts, wo kein Kaufkraftproblem da ist, sprechen.

Ist aber die Wirtschaft, wie wir sie heute vor uns haben, eine solche hemmungs- und reibungslose Wirtschaft? Es fiel Professor Lederer nicht schwer, zu zeigen, daß in der gegenwärtigen ökonomischen Wirklichkeit von dem Vorhandensein einer solchen Wirtschaft gar nicht die Rede sein kann.

Nicht einmal in der Wirtschaft der freien Konkurrenz ist ein solcher Mangel an Bremsen und Hemmungen, wie hier gefordert wird, vorzufinden. Der private Unternehmer wird aus Gewinnjucht oder aus Angst zu große Abschreibungen vornehmen — das Gleichgewicht wird gestört. Ein zu rascher Fortschritt der Technik kann zur Folge haben, daß Arbeiter überflüssig und bei noch so niedrigen Löhnen nicht beschäftigt werden können. Man kann sich sogar den Fall denken, daß in einer bestimmten Industrie auch bei einem Lohn, der gleich Null ist, keine Arbeit vorhanden ist! So ist ein inneres Ineinandergreifen von Produktion und Absatz selbst bei freier Konkurrenz bzw. beim isolierten Einzelunternehmer nicht gewährleistet. Die Behauptung, daß die Kaufkraft mit der Produktivkraft zusammenfällt bzw. mit ihr wächst, besteht bereits auf dieser Stufe nicht zu Recht. Denken wir nun aber an die Monopole: an die Truste und Kartelle. Die Monopolorganisationen verfolgen die Politik der Preiserhöhungen und greifen, um sich den höchstmöglichen Überschuß zu sichern, zur Produktionseinschränkung. Sie machen sich die Vorteile des technischen Vorteils zunutze, ohne die Preise zu senken. Dadurch erschweren sie die Entfaltung der Produktivkräfte, ver-

mindern die Beschäftigung und die Kaufkraft der Arbeiter und Verbraucher. Sie verhindern das reibungslose Ineinandergreifen von Produktion und Absatz. Denn eine jede Produktionseinschränkung zieht zwangsläufig andere nach sich — daher wird sich auf diese Weise nicht die Entfaltung, sondern die Einschränkung der Produktivkraft ergeben.

So sind in der Wirtschaft Kräfte am Werk, welche die Produktivkräfte hemmen und ihre Entwicklung bremsen. Was bedeutet unter solchen Umständen die gewerkschaftliche Lohnpolitik, welche Lohnsteigerungen durchzusetzen sucht? Eine Gegenkraft, die die geschilderten Bremswirkungen aufzuheben bestrebt ist. Die Lohnsteigerungen leiten die Kaufkraft auf die Stellen über, wo sie eine Nachfrage zu entfalten vermögen — wo sie also wirksam sind —, ja sie sind in der Wirkung einer Senkung der Preise ähnlich und stellen derart das durch die kapitalistischen Bremsen gestörte Gleichgewicht zwischen Produktion und Absatz wieder her.

Somit konnte Professor Lederer das Hauptargument seiner Gegner, welche die Entfaltung der Produktivkräfte durch

Mittel einen zu raschen technischen Fortschritt zu hemmen vermögen, so bewirken sie andererseits auch das Gegenteil: sie wirken als Druck zur Rationalisierung, indem sie die Unternehmer zwingen, durch Einführung von Neuerungen die übrigen Kostenelemente der Produktion zu senken bzw. die Effizienz der Lohnarbeit zu steigern. — Man darf man den gesteigerten Arbeitswillen, den Lohnsteigerungen zur Folge haben, nicht vergessen — ein wichtiger Faktor zur Steigerung der Arbeitsintensität!

Eine zweite Gegenkraft gegen die Drosselung der Produktivkräfte durch die Geschäftspolitik der Unternehmer wäre die Preislenkung. Indessen ist diese, wie die Erfahrung lehrt und wie dies in der Debatte von Fritz Larnow und von Professor Loewe betont wurde, noch schwieriger durchzusetzen als die Lohnsteigerung.

Unter solchen Umständen bedeutet Lohnsteigerung im wirtschaftlichen Sinne Vorstoß und Bewegung, elastische Anpassung an die Wirklichkeit. Denn in der Wirtschaft herrscht kein drakonisches Gesetz, sie ist elastisch, voll Reserven und Möglichkeiten, und ist durch menschliche Eingriffe gestaltbar. Diese Eingriffe können nicht nur der privaten Initiative entspringen, sie können ebenso von den Organisationen vorgenommen werden. Hieraus ergibt sich die volkswirtschaftliche Berechtigung gewerkschaftlicher Lohnpolitik.

Die Gewerkschaftsarbeit der KPD.

Man muß es verstehen, dem allen Widerstand zu leisten, sich zu jedem und allen Opfern zu entschließen, und — wenn es nötig ist — sogar List, Schlawheit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.

Lenin: „Die Kinderkrankheiten des Kommunismus.“ Seite 35.

Lohnsteigerungen gefährdet sehen, weitgehend entkräften. Die Forderung: zuerst gesteigerte Produktion, dann höhere Löhne, ist in bestimmten Lagen der Wirtschaft theoretisch nicht richtig, weil erst der durch die auskömmlichen Löhne gesicherte Absatzmarkt die Produktion von ihnen — oben im einzelnen dargelegten — Fesseln zu befreien bzw. die gebremsten Wirtschaftskräfte neu zu beleben vermag.

Nun aber die anderen Argumente gegen die Lohnsteigerung: die Notwendigkeit der Kapitalbildung (Akкумуляtion) für die Herstellung von Produktionsmitteln, zum Ausbau und zur Vervollständigung des Produktionsapparates und damit in Verbindung die bestehende Kapitalknappheit. Was die Kapitalbildung anbelangt, so ist sie ohne Zweifel absolut notwendig. Professor Lederer hat sogar, um in diesem Punkt seinen Gegnern entgegenzukommen, die theoretische Möglichkeit zugestanden, daß ein absolutes Gewerkschaftsmonopol, wenn ein solches bestünde, die Löhne unter Umständen so hoch treiben könnte, daß dann die gesamte Produktion nur im Dienste des Verbrauchs stehen müßte. Dies wäre insbesondere der Fall, wenn die Unternehmer — z. B. durch die internationale Konkurrenz behindert — die Preise nicht erhöhen könnten. Dann würden für den Ausbau des Produktionsapparates keine Mittel und Kräfte zur Verfügung stehen. Die Belebung des Marktes durch Schaffung von Kaufkraft ist nur dann möglich, wenn der Produktionsapparat bereits ausgebaut, jedoch nicht voll ausgenutzt ist. Wir wissen heute in Ermangelung der nötigen Unterlagen leider nicht, wie weit der Produktionsapparat ausgenutzt wird. Professor Lederer fand die lebhafteste Zustimmung der Versammlung, als er auf den Widerpruch hinwies, daß die Unternehmer die Lohnsenkung immer als richtige Wirtschaftspolitik anpreisen, gleichviel ob zu wenig produziert wird (wie z. B. unmittelbar nach dem Kriege) oder ob eine Überproduktion und übermäßige Produktionsfähigkeit der Anlagen vorhanden ist. Was nun das Fehlen des Kapitals betrifft, so ist das, was man Kapitalknappheit nennt, eine relative Sache. Man braucht ja immer Kapital, und es hängt nur von dessen Preis, vom Zins ab, wie weit es tatsächlich in Anspruch genommen wird. In diesem Sinne herrscht immer ein Kapitalmangel. Indessen ist dies nicht unbedingt ein Zeichen der Armut der Wirtschaft, wie so oft gesagt wird — ebenso kann es ein Zeichen des Reichtums sein, wenn nämlich Kapital allein zur Ausnützung des technischen Fortschritts, der Erfindungen usw. zu ausgiebig in Anspruch genommen wird. Ja, es kann diese Inanspruchnahme des Kapitals übertrieben sein und in einem zu raschen, die harmonische Entwicklung der Produktion bzw. des Absatzes gefährdenden Tempo erfolgen und mit großen Wertvernichtungen für den vorhandenen Produktionsapparat verbunden sein. Lohnsteigerungen vermögen in diesem Fall den zu schnellen technischen Fortschritt etwas zurückzuhalten. Für jeden Fall bedeutet ein solches Bremsen die Rettung der Lebensansprüche der Gegenwart! Außerdem haben wir aber für Rationalisierungszwecke, die den Produktionsertrag steigern, auch Auslandskapital zur Verfügung, dessen Inanspruchnahme in solchen Fällen unbedenklich ist. Weiter: Wenn Lohnsteigerungen einerseits durch Verknappung der

Ergebnisse und Vergleiche neuerer Statistiken.

Von Franz Anton Bechtold, Volkswirt WDM.

Mehr und mehr wird auch die Frau statistisch „erfaßt“. Vor kurzem hat das Bayerische Statistische Landesamt erfragt und festgestellt, wie es um die verheirateten Frauen bestellt ist. Die Folgen des Krieges, der Mechanisierung und Maschinisierung der Güterherstellung und bis zu einem gewissen Grade auch der Gütervermittlung und des Güterverkehrs brachte es mit sich, daß die Frauen (= Mädchen und Ehefrauen) sich mehr und mehr beruflich betätigen konnten und mußten. Das ist zwar schon bekannt, aber lehrreich ist doch, in welchem Maße sie berufs- oder erwerbstätig sind.

Die bayerischen Ermittlungen ergaben, daß 81,5 v. H. vor der Heirat berufstätig waren. Wie sehr die Frauen in ihren Kreisen bleiben oder heiraten, zeigen diese Zahlen. Selbständige Landwirte heirateten 71,5 v. H. Familienangehörige anderer selbständiger Landwirte, landwirtschaftliche Arbeiter heirateten 49 v. H. Landarbeiterinnen und 25 v. H. Angehörige selbständiger Landwirte, 8 v. H. bisherige Gutsarbeiterinnen. Man ersieht aus diesen Zahlen die besonders enge Verflochtenheit der Menschen, die zusammenarbeiten oder durch die Arbeit einander finden. Anders ist das Verhältnis der selbständigen Gewerbetreibenden; sie streben mehr auseinander. Sie holten sich ihre Frauen zu etwa 25 v. H. aus Landwirtsfamilien, zu 21 v. H. heirateten sie Arbeiterinnen, 7 v. H. selbständige, im Handel und Gewerbe tätige Frauen, 25 v. H. aus verschiedenen Berufen, 10 v. H. Hausangestellte. Verhältnismäßig groß ist der Anteil, den kaufmännische Angestellte aus den Bezirken heiraten, die ihrem Beruf nahesteht. Etwa 41 v. H. dieser Frauen sind oder waren im Handel und Gewerbe tätig, 10 v. H. der verheirateten Frauen sind Angestellte, 7 v. H. auf dem väterlichen Gut Mitarbeitende, 23 v. H. Frauen Familienangehörige ohne besonderen Erwerb.

Bei den männlichen Angestellten ist zu beachten, daß sie zum Teil selber aus der Landwirtschaft stammen oder aus den Erwerbszweigen, von denen ihre Frau herkommt. Wenn sie also außer „aus ihrem Berufsreise“ Frauen kuren, so bleiben sie doch in bekannten Bezirken. Verwandtschaft und Beziehungen aus früheren Tagen wirken auch bei der Verheiratung mit. Dasselbe gilt auch für die selbständigen Gewerbetreibenden. Sie stammen zum Teil aus der Landwirtschaft, und diese Abstammung erklärt mit, warum sie 25 v. H. Landwirtskinder heiraten. Die 7 v. H. der verheirateten selbständigen Frauen aus Handel und Gewerbe werden zum Teil „Einheiraten“ gewesen sein.

Beachtenswert sind auch die Heiratsverhältnisse der Arbeiter. Die Ermittlungen ergaben, daß die Textilarbeiter zu zwei Drittel gewerbliche Arbeiterinnen heirateten. Die Berg-, Hütten- und Lohrbeiter, die Stein- und Erdenarbeiter, Bauarbeiter dagegen wählen besonders Landwirtskinder, die Arbeiter der chemischen Industrie Hausangestellte.

In den gehobenen Berufen sehen wir einen großen Anteil Frauen, die aus einer Berufstätigkeit kommen. Ärzte heirateten 52 v. H., Künstler und Schriftsteller 75 v. H., Lehrer 60 v. H., höhere Beamte und Offiziere 41 v. H. Frauen, die vor der Ehe berufstätig waren. Verwunderlich sind diese Ergebnisse nicht. Wenn die Frauen in höherem Maße als früher berufstätig sind, so macht sich das auch bei der Verheiratung geltend.

Am 16. Juni 1925 wurde die Bevölkerung Deutschlands gezählt und die Berufe und Betriebe ermittelt (1907 war die vorletzte Berufs- und Betriebszählung). Das Hauptergebnis war: Deutschland hatte an dem Zähltag: 3 1/2 Millionen Gewerbetreibende mit 18,4 Millionen beschäftigten Personen, 19,3 Millionen eingerichtete Pferdestärken (= PS.) Kraft-

maschinenleistung zum Antrieb von Arbeitsmaschinen. Eigentümlich an diesen Zählungsergebnissen ist, daß die Betriebe (trotz der Zusammenfassungsbestrebungen) beachtlich zugenommen haben. Bezeichnender aber noch ist die Vermehrung der Erwerbstätigen. Professor Schott berichtet, daß sich die Gewerbebetriebe seit 1907 um 14,4 v. H. und die in ihnen beschäftigten Personen um 28,5 v. H. zugenommen haben. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie und im Handwerk hat sich um 31,8 v. H. und die im Handel um 61,5 v. H. vermehrt. Die Vermehrung im Handel ist demnach besonders stark. Schott meint, eine solche Ausbreitung des Verteilungsapparates müsse als unwirtschaftlich bezeichnet werden.

Bei der hohen Zahl der Arbeitslosen wurde gelegentlich darauf hingewiesen, daß früher eine erheblich größere Zahl im Heeresdienst war, und manche meinten: Um so viel weniger im Heeresdienst seien, um so viel mehr seien die Arbeitslosen. So einfach ist diese Angelegenheit nicht. Ein starker Zustrom neuer Arbeitskräfte kommt nämlich von den Frauen her. Aus der genannten Zählung geht hervor, daß seit 1907 3,5 Millionen Männer mehr beschäftigt wurden, dagegen aber 5,2 Millionen mehr Frauen. Von diesen 5,2 Millionen Frauen sollen 3 Millionen tatsächlich erwerbstätig sein, der andre Teil zu den mithelfenden Familienangehörigen zählen. Immerhin eine beträchtliche Zunahme der erwerbstätigen Frauen („Verweiblichung fast aller Industrie- und Handelszweige“) ist vorhanden, und sie kennzeichnet mit die Entwicklung. Auch Dr. Wagner hebt die starke Zunahme der gewerblichen Frauenbetätigung hervor, und er meint: die Erklärung hierfür liege auf der Hand. Der starke Männerausfall infolge des Krieges zwingt die heute noch lebende Frauengeneration von vornherein dazu, die wirtschaftliche Versorgung nicht in der Ehe, sondern in einem Beruf zu suchen. Selbst wenn später eine Eheschließung möglich sei, sei der wirtschaftlichen Sicherung wegen ein Beruf nötig.

Von der Industrie und vom Handwerk leben 25,8 Millionen Menschen (Erwerbstätige und von ihnen unterhaltene Personen), von der Landwirtschaft 14,5, vom Handel und Verkehr 10,5 Millionen Menschen; der übrige Teil zählt zu den öffentlichen Dienstnehmern, zur Kirche, zu den freien Berufen, häuslichen Diensten und Berufslosen. Bemerkenswert an diesen Ergebnissen ist die Zunahme der in der Industrie und im Handel (die fortschreitende Industrialisierung und Maschinisierung) beschäftigten Menschen. Was der Bevölkerung hinzuwächst, muß in der Industrie, im Verkehr und Handel sein Brot suchen. In der Landwirtschaft wurden 1882 15,9 Millionen, 1907 14,9 Millionen und 1925 14,4 Millionen gezählt (die früheren Zahlen sind auf das heutige Reichsgebiet umgerechnet). In der Landwirtschaft ist also ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Der Zuwachs muß sonst unterzukommen suchen.

Mehr als vier Fünftel der Gesamtbevölkerung sind selbstständige Arbeiter und Angestellte, nicht ganz ein Fünftel besteht aus Selbstständigen: 17 v. H. sind selbstständig, 83 v. H. unselbstständige Erwerbende.

Insgesamt wurden rund 62 1/2 Millionen Menschen auf dem heutigen Reichsgebiet gezählt. Vom Jahre 1919 an ist ein Zuwachs von 5,62 Millionen zu verzeichnen. Dieser Zuwachs ist aus dem Geburtenüberschuß und aus einem Rückgang der Sterblichkeit hervorgegangen. Auf 1000 Männer kommen 1074 Frauen.

Großstädte zählt das Reich jetzt 45. Im Jahre 1910 wohnten 15,2 Millionen (oder 26,3 v. H. der Bevölkerung) in Großstädten, 1919 15,6 (oder 26,3 v. H.), 1925 16,4 (oder 25,2 v. H.). Der Einfluß der Großstädte geht aber über ihre Grenzen hinaus. Als besonderer Zug der Entwicklung ist die Verstädterung bemerkenswert. Vielleicht wäre sie noch stärker, wenn es mit den Wohnungen besser bestellt wäre.

Auf der ganzen Welt sollen 1,8 bis 1,9 Milliarden Menschen wohnen. Die Hälfte sind Asiaten, 460 Millionen Europäer, 210 Millionen Amerikaner, 130 Millionen Afrikaner. Dr. Moß hat berechnet, daß dem Weltreich China und Britannia etwa die Hälfte der Menschheit angehört (je 450 Millionen Menschen). Der Kaiserrepublik gehören 140, den Vereinigten Staaten 110, Frankreich mit seinen Kolonien und Schutzgebieten 100, Japan 85, Deutschland gegen 63, den Niederlanden 57, Italien 41 Millionen Menschen an.

Deutschland hatte vor dem Kriege eine Bevölkerung von 68 Millionen Einwohnern, bei der letzten Zählung ohne das Saargebiet 62 1/2 Millionen. Es ist also trotz der Gebiets-

verluste schon wieder stark an seine Friedenszahl herangerückt. Wie bereits in diesem Aufsatz erwähnt wurde, ist seine Zunahme (verglichen mit früheren Zählungen) mit auf die Minder- dung der Sterblichkeit zurückzuführen. Die Menschen werden demnach im Durchschnitt etwas älter als früher. Deutschland hat dementsprechend ältere Menschen als vor etwa 25 Jahren. Mehr erwachsene Menschen bedeutet: verhältnismäßig weniger zu erziehende und mehr arbeitsfähige Menschen.

Revue kommunistischer Gewerkschaftsarbeit.

„75 Prozent der Parteiarbeit — Gewerkschaftsarbeit“, so lautet heute die Parole, die von Moskau aus an die Mitglieder der kommunistischen Parteien gegeben worden ist. Gewerkschaftsarbeit? für wem?, für die Kommunistische Partei oder um der Gewerkschaft, der Arbeiterbewegung willen? Eine Antwort auf diese Frage ergibt, nach einer Durchsicht der Artikelreihe, die der Organisationssekretär der Komintern, D. Pjatniski, in den Nummern 17 bis 21 der Wochenzeitschrift „Die kommunistische Internationale“ über „Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der K.-J.-Sektionen“ veröffentlicht, eine Verneinung uneigentümlicher Gewerkschaftsarbeit. Auf einem Raum von 24 Seiten — also schon so eine kleine Broschüre — beschäftigt sich P. mit der Fraktionsarbeit der Kommunisten. Dabei wird naturgemäß die deutsche Gewerkschaftsbewegung am meisten behandelt.

Die Gewerkschafts- arbeit der KPD.

Man hat von mir Bruch der Vertraulichkeit wichtiger Gewerkschaftsbeschlüsse verlangt, ...
Weil ich gewohnt bin, im politischen und gewerk-
schaftlichen Leben mit reinen Waffen zu kämpfen,
deshalb mußte ich meinen Austritt aus der KPD
erklären.“

Kollege Ernst Siegmund, Chemnitz.

Daß die Fraktionsarbeit nur von bestimmten Kräften von außen in die Gewerkschaft getragen ist, beweisen erneut die Ausführungen von P., wenn er auf Seite 1022 sagt: „... Die in den Gewerkschaften arbeitenden Kommunisten müssen die Beschlüsse der Parteileitungen in den Gewerkschaften durchzuführen“ oder wie Seite 974: „Weiter unten werde ich mich mit der Verbindung zwischen den kommunistischen Fraktionen und den Gewerkschaftsabteilungen beschäftigen, die zu dem Zweck geschaffen wurden, die Arbeit der Fraktionen zu leiten und zu kontrollieren.“

P. ist mit ihrer Arbeit aber keineswegs zufrieden. Woran liegt es, daß die Fraktionen schlecht funktionieren? In allen kommunistischen Parteien sind zur besseren Leitung der Gewerkschaftsfraktionen Gewerkschaftsabteilungen geschaffen worden. Anstatt die Arbeit der Fraktionen zu leiten, sie zu kontrollieren und zu instruieren, sind die Gewerkschaftsabteilungen bestrebt, selber die Arbeit zu leisten, die den Fraktionen zufällt.

Dabei scheint das doch gar nicht so verwunderlich, wenn man sich vor Augen hält, von welcher Beschaffenheit die Fraktionskommunisten sind. Die Fraktionsleitungen werden nicht aus Genossen gebildet, die faktisch in den Gewerkschaften arbeiten. Die Parteileitungen stellen an die Spitze der Fraktionen gute Kommunisten, die sich

jedoch in der Gewerkschaftsarbeit nicht auskennen.“ An anderer Stelle: „... wenn aber der Vorstand gewählt werden soll, dann sprechen sie vor der Wahl von Kommunisten zurück, da die Arbeiter nicht wissen, wie die Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit erledigen, (das bezieht sich auf reformistische Verbände, in denen die Kommunisten gezwungen sind, mit den Sozialdemokraten zu konkurrieren, und unsere Genossen nicht genügend vertraut sind mit den laufenden Fragen der Gewerkschaftsbewegung und es nicht verstehen, auf diesem Boden — Tarifswesen, Arbeitsgesetze, entsprechende Verordnungen usw. — die Sozialdemokraten zu schlagen).“

Um so mehr Sorge macht es P., wie man die kommunistischen Kollegen, die irgendwo im Vorstand einer Gewerkschaft tätig sind, für die Partei einspannen kann, denn nur sie wissen genau Bescheid, wie die Gewerkschaftsfragen entschieden werden, mit welchem Material die in den Vorstandswahlen gestellten Anträge am besten zu begründen sind, wie die Zellen und die kommunistischen Gewerkschaftsvertrauensleute mit dem nötigen Material zu versorgen sind usw. Darum müssen die Parteileitungen alles tun, um die in den Gewerkschaftsvorständen arbeitenden Genossen der Partei näher zu bringen. Auf jeden von ihnen muß individuell dahingehend eingewirkt werden, daß sie die Linie der Partei einhalten und sich nicht der Durchführung der Parteidirektiven widersetzen. Diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, denn Genossen, die in leitenden Gewerkschaftsinstanzen sich betätigen, die Beschlüsse der Partei aber nicht durchführen, nützen nichts. Nur solche Parteimitglieder müssen aus der Partei entfernt und nicht wiedergewählt werden, die sich hartnäckig weigern, die Direktiven der Partei in den Gewerkschaften durchzuführen...“

Also derjenige, der sich nicht zum Lautsprecher der Partozentrale hergibt „nützt nichts“, selbst wenn er gewerkschaftlich seinen Mann zu stellen weiß.

Pjatniski bringt nun einen ganzen Arm voll Vorschläge, wie und auf welche Weise die Arbeit der Kommunisten gesteigert werden könnte. Daß dabei die Fraktionsbauerei noch mehr verstärkt werden soll, und die Fraktionen in noch größere Abhängigkeit von den Gewerkschaftsleitungen kommen, bedeutet im Grunde nur wieder die alte Walze. Und es wird sich wohl auch kaum eine Änderung ermöglichen lassen, denn diejenigen, die nur auf die morgendurchzuführende Revolution eingepaukt werden, werden den Blick für das heute notwendige nicht finden. Es wird wohl auch deshalb schon so bleiben, trotz aller Geschrei, wie an einer Stelle, S. 1026, P. richtig erkennt sagt: „Wenn aber unsere bisherige Methode der Gewerkschaftsarbeit nicht geändert wird, dann werden die Arbeiter den kommunistischen Parteien nicht folgen und werden bei Wahlen in den Gewerkschaften ihre Stimme für jene abgeben, die faktisch in den Gewerkschaften Arbeit leisten, d. h. für die Reformisten. Denn die Arbeiter sehen nicht oder sehen sehr selten, daß Kommunisten Gewerkschaftsarbeit leisten, sie wissen nicht, was die Kommunisten in den Gewerkschaften machen und folgen darum den Sozialdemokraten...“

Die Arbeiter sehen sehr wohl, daß die Parteikommunisten in den Gewerkschaften nur Schaden stiften. Die Folgen dieser schädlichen Tätigkeit mußten und müssen die Arbeiter tragen. Dementsprechend steht die Arbeiterpartei den Parteikommunisten in den Gewerkschaften gegenüber in der Abwehr. A. Kummer, Neukölln.

Frauenfragen.

Die Frau im öffentlichen Leben.

Vorbei ist die alte, ehrwürdige Zeit der Hausmütterlichkeit, des sich Bescheidens der Frauen mit der Rolle der Hausfrau und Mutter, und vorbei die Zeit der unbedingten Herrschaft des Mannes über Gattin und Familie. Neuer Geist wandelt den Charakter der Familie und Ehe und Frau, ändert deren Stellung im öffentlichen Leben und führt sie

Wenn eine Mutter stirbt....

Von Anna Jassen.

Mutterangen sind wie Sterne vom Himmel. Wie die leuchtenden Sterne im Morgenbämmern erlöschen, so verlöschen Mutteraugen im Harz des Todes. Wenn Mutteraugen erloschen sind, ist eine Welt tot, eine ganze Welt. Dann ist dir die Jugend gestorben, du bist arm geworden, bist kein Kind mehr.

Wenn dir die Mutter stirbt... Und bist du auch lange ein Mann, eine Frau, du warst immer noch deiner Mutter lieber Junge, deiner Mutter liebes Kind.

Wenn eine Mutter stirbt. Wenn ihre Augen brechen. Groß und schön strahlen sie noch einmal auf in unendlicher Liebe. Der Schimmer ihrer Mutterliebe umfängt noch einmal voll dein Sein.

Dann fühlst du eckelige Leere, fühlst, was es heißt: „Ich habe keine Mutter mehr.“ Trostlos flattern graue Schatten vor dir her, trostlos raunt der Wind durch die dünnen Äste; die Welt ist leer, ganz leer. Und lachst auch der Frühling durchs blühende Land, glänzen die Rosen, tönte Vogelgefang, dir wäre alles heil, fröhlich, farblos, um deiner Mutter Sterben, um deiner Mutter Tod.

Wenn eine Mutter stirbt, verhält die Erde ihr Angesicht. Trauer und Schwermut breitet sich aus und in den Lüften ist ein großes, sanftes Klagen.

Heilig ist es, wenn eine Mutter stirbt. Feierlichkeit, tiefe Andacht ist, du fühlst achnungsvoll des großen Königs Tod, erhabene Majestät.

Schweres, leidensgroß ist es, wenn eine Mutter stirbt. Selbst der Tod fühlt den Schmerz, wenn einer Mutter Leben, das die große Liebe ist, entflieht. Darum ist er milde und ehfurchtsvoll. Zu einer Mutter kommt der Tod als Erlöser, kommt zägend und lieblich, kommt als der Herr des ewigen Friedens. —

Alle die große, tiefe Mutterliebe, nun fühlst du sie, wo deine Mutter gestorben ist. Du weißt, daß sie allein immer nur dein Glück gewollt, daß ihre Sorge gut war. Sie war die einzige, die uneigennützig für dich gedacht, gestrebt. —

Du legst ihr Blumen auf das tote Herz, das schöne, große Herz, an dem du so sanft geruht. Du küßt ihre heiligen Hände, Mutterhände, die so rührend, so wunderbar sind.

Du streichst ihr silbernes Haar, das in Liebe und Leid für dich weiß geworden ist. Du weißt, daß alles, was du bisher gelitten hast, klein war, sich beugen muß vor dem großen Schmerz, den der Tod deiner Mutter anschlößt.

... Und alles, was du erlebst, ist klein vor deiner Mutter Tod. Deine bebenden Lippen stammeln ohnmächtige Klagen in die öde, entgötterte Welt. Nacht ist in dir, Nacht breitet sich um dich, du bist ein armer, unglücklicher Mensch, einer, der das Beste und Liebste verloren hat.

Und doch schöpft du aus diesem Sterben, aus diesem Weltuntergange Gold, Perlen, stehende Blumen. Mensch sein, gut sein, würdig sein der großen Sterbesunde, die auch dir verzeichnet steht im Buche der Zeit.

Menschwerdung.

Im Altertum war der Mensch eine Beute des stärkeren Mitmenschen. Es wimmelte von Sklaven und von am Wege hockenden Bettlern. Im Kriege war Plündern, Morden und Ausrotten selbstverständliche Sitten, und von sozialen Gesetzen wußte man nicht allzuviel. Wer Unglück hatte — er, der verdaß und starb.

Langsam gewann der einzelne Mensch Schätzung und Gewicht. Das Grausame milderete sich zum Rohen, und es gab für die bösen Taten wenigstens eine moralische Verdammung. Mildeherzigkeit, Fürsorge und Schonung wurden als Pflicht anerkannt, der einzelne Mensch galt als Mitglied der großen Gemeinschaft immerhin für nicht ganz werlos.

Spät noch hatten wir die Leibeigenschaft. Sie verschwand. Nach ihr kam der Kapitalismus, noch jung, roh und ungeformt.

Heute muß er sich schon um ein wenig bezähmen, muß zum mindesten den Schein wahren.

Es ist eine feste Gewißheit, daß unsere heutige Zeit sich wandelt, denn die Geschichte geht nicht rückwärts. Sie ist eine Entwicklung. Wohin? Zum reinen, freien, stolzen Menschen. Wir müssen einen Wert in uns gewinnen, so werden wir bald auch einen Wert an uns und um uns haben.

Es geht sehr gut. Nur — ein Menschenleben ist ein kurzer Maßstab, um Geschichte zu messen.

Sei's drum!

Wir haben in der Tat die ganze Zukunft! Je schneller wir Wert in uns selber gewinnen, um so näher ist uns die Zukunft. Felix Rienshoffen.

heraus aus der Enge der vier Wände hinein in die Welt des Kampfes, des Berufes.

Frauenenergie erkämpfte Boden um Boden, nahm dem Manne das Monopol der Berufsausübung, und erhob die Frau als gleichberechtigte Berufskameradin gegenüber dem Manne.

Täglich lesen wir heute in den Zeitungen, daß diese und jene Frau ihr Examen bestanden hat, in dieses Amt und in jene Behörde gekommen ist, ausgezeichnet wurde und neue Berufszweige für die erwerbstätigen Frauen erobert hat.

So lesen wir, daß in Paris Madame Lola Bossan als erste und einzige weibliche Generalmusikdirektorin und als Leiterin des Philharmonischen Orchesters gewählt wurde, Frau Dr. Lydia Rabinowitsch-Kempner den Professorentitel bekam und Abteilungsleiterin des Moabiter Krankenhauses wurde.

Wer hätte vor Jahren daran gedacht, daß Frauen ihr Pilotenexamen ablegen und berufsmäßig das Recht haben könnten, Passagierflugzeuge zu führen.

Die Statistik der technischen Hochschulen Deutschlands ergibt schon die ansehnliche Zahl von 398 weiblichen Studenten gegenüber den 20 300 männlichen Studenten.

Es braucht nur festgestellt zu werden, daß in München eine Frau Franziska Martienssen Professorin an der Staatlichen Akademie der Tonkunst wurde, daß im Sachverständigen-Ausschuß des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zwei Frauen sitzen, in Zürich Frau Eug Guyer als Architektin Wohnhausbauten leitete und in Australien vier Frauen Friedenstrichterinnen wurden.

Frauen bringen also nicht nur in die akademischen Berufe ein, machen nicht nur dem Juristen und Mediziner Konkurrenz, sondern auch neuerdings mit Erfolg dem Geistlichen.

Der Widerstand der Männer ist gebrochen. Sie erheben nur noch schwach die Stimme gegen das Eindringen der Frauen in alle sogenannten männlichen Berufe und geben nur noch geringe moralische Entrüstung über „derartige“ Frauen bekannt.

Frau Dr. Maria Debus.

Wirtschaftliches.

Die Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften.

Die Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften beginnt sich zu heben. Die Zahl derjenigen, die wenig oder gar keine Dividende verteilen, verringert sich immer mehr.

Umstand, daß sich die deutsche Industrie in einer Umstellungsperiode befindet, so kann man von einem schlechten Ergebnis selbst für das Jahr 1926 nicht sprechen.

Wie der Zwischenhandel die Ware verteuert.

Es ist allgemein bekannt, daß der Zwischenhandel mehr als vor dem Kriege die Waren verteuert. Ein durchschlagendes Beispiel wird im Juliheft der Zeitschrift der Reichszentrale für Heimatdienst gegeben.

1911/13 betrug die Preisspanne zwischen Stallpreis und Preis im Laden 77 Prozent. 1926 ist eine Preisspanne von etwa 120 Prozent, 1927 sogar von etwa 140 Prozent zu verzeichnen.

Die Konjunkturforschungen der größeren Städte haben ebenfalls Fleischläden eingerichtet. Dort wird gutes Fleisch zu durchaus mäßigen Preisen angeboten.

Zum Ochsen sprach ein Hirsch: Nimm mich nicht krumm, der Mensch nennt dich mit vollem Rechte dumm; wie leicht würd' es bei deiner Kraft dir sein, dich von dem lästigen Joche zu befreien.

Julius Sturm.

Papier-Industrie

Dolchstoßlegenden.

Nun hat auch die Dolchstoßlegende in der Arbeitszeitfrage der Papiererzeugungs-Industrie ihre geschichtliche Verankerung erfahren.

Querst die Revolution. Die Arbeiterschaft hat selbstverständlich die altbekannte Forderung des Achtstundentages, wie auch um höheren Lohn, mitgemacht.

Seit der Revolution erfolgte dann auch der Papiermaschinenbetrieb mit drei Achtstundenschichten. Als jedoch die gesamten Anlagen durch den feindlichen Ruhrkampf unarbeitsfähig wurden.

Gegen diese geschichtliche Darstellung erheben wir schärfsten Protest. Was 1 dieser Ausführungen läßt den Anschein erwecken, als wenn es mit Ausnahme von Würen und Umgebung in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie infolge der Revolution zu schlimmen Auftritten gekommen wäre.

Der zweite Absatz dieser geschichtlichen Darstellung wird ebenfalls den Tatsachen nicht gerecht. Es muß festgestellt werden, daß die Wiedereinführung des Zweischichtensystems in der rheinischen Papiererzeugungs-Industrie nicht im Einverständnis mit der Arbeiterschaft, sondern gegen den Willen eines großen Teils der Arbeiterschaft vollzogen wurde.

Die Herren von der Kampfen- und Pflanzenfaser haben teilweise einen geradezu unbegrenzten Haß auf die sozial- und wirtschaftspolitische Umwälzung von 1918.

Die Herren von der Kampfen- und Pflanzenfaser haben teilweise einen geradezu unbegrenzten Haß auf die sozial- und wirtschaftspolitische Umwälzung von 1918.

Die Herren von der Kampfen- und Pflanzenfaser haben teilweise einen geradezu unbegrenzten Haß auf die sozial- und wirtschaftspolitische Umwälzung von 1918.

Die Herren von der Kampfen- und Pflanzenfaser haben teilweise einen geradezu unbegrenzten Haß auf die sozial- und wirtschaftspolitische Umwälzung von 1918.

Die Herren von der Kampfen- und Pflanzenfaser haben teilweise einen geradezu unbegrenzten Haß auf die sozial- und wirtschaftspolitische Umwälzung von 1918.

Die Herren von der Kampfen- und Pflanzenfaser haben teilweise einen geradezu unbegrenzten Haß auf die sozial- und wirtschaftspolitische Umwälzung von 1918.

Die Herren von der Kampfen- und Pflanzenfaser haben teilweise einen geradezu unbegrenzten Haß auf die sozial- und wirtschaftspolitische Umwälzung von 1918.

Durch folgenden Satz wieder aufgemerkt: Die im November 1918 wirksam gewordenen Kräfte haben nun einmal Zustände geschaffen, die zu besseren als einer zielstrebigem Arbeit vieler Generationen bedürfen wird.

Wohlgemerkt ist der Satz, den der Diplom-Ingenieur Dr. Hans Wrede aus Berlin-Dahlem in seinem Artikel „Merksame Papierfabriken“ in der gleichen Nummer des Wochenblattes für Papierfabrikation“ gegen die republikanische deutsche Staatsverfassung zum Ausdruck bringt, in dem er das gegenrevolutionäre Treiben seiner deutschen Gesinnungsgenossen in Mexiko in einem rein fachwirtschaftlichen Artikel folgendermaßen schildert:

Im deutschen Klub „Deutsches Haus“ freut man sich wieder über die heimatischen schwarzweißroten Wappen und Fahnen, die das staatliche Klubhaus schmücken.

Jedoch ist ein großer Teil der Nichtintellektuellen von stark kommunistischer Führung beeinflusst, die Wahlen haben eine radikale Linksrichtung der Regierung hervorgerufen und die Folge davon ist der fast völlige Stillstand des Geschäftslebens.

Unter dem Präsidenten Diaz blühte das Land; jetzt geht es, wenn nicht von irgendwo Hilfe kommt, dem Untergang entgegen.

Diese vom Geist der Feindschaft getragene Schilberung der Staatsverwaltung eines fremden Landes durch Hans Wrede wird nur verständlich, wenn man weiß, daß der derzeitige Präsident der mexikanischen Republik, Calles, ein in der internationalen Gewerkschaftsbewegung bekannter mexikanischer Arbeiterführer ist.

Es bedeutet immerhin ein großes Maß von Annäherung, wenn Deutsche, die sich als Gäste in Mexiko befinden, sich erlauben, ein solch absprechendes Urteil zu fällen, ohne die wirklichen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge des Gastlandes zu kennen oder kennen zu wollen.

Vier Stunden von Mexiko-Stadt entfernt, in der Richtung des Popocatepetl, am Fuß eines landschaftlich wunderschön gelegenen, bewaldeten endenden Tales ist die Station Javaleta, die nach zur Papier- und Zellstofffabrik der Compania de las Fabricas de Papel de San Rafael y Anexas S. A. brachte.

Trotzdem die Freunde von Hans Wrede, also auch der Besitzer der genannten Papier- und Zellstofffabrik, die derzeitige Regierung bekämpfen, hatte die Fabrik eine militärische Besatzung von einigen Offizieren und etwa 40 Mann.

Nach diesen Schilderungen wird Leben und Gesundheit der in Mexiko reisenden deutschen Monarchisten und Gegenrevolutionäre durch den Arbeiterpräsidenten der mexikanischen Republik ausreichend geschützt.

Prämienanflug.

In Wertheim a. M., an der Grenze von Bayern und Baden, steht eine Holzschleiferei, ursprünglich ein Kraftwerk. Diese Holzschleiferei hat seit knapp 1 1/2 Jahren schon dreimal den Besitzer gewechselt.

Um, wie Langguth sagte, die Belegschaft an der Produktion zu interessieren, führte er am 1. Mai ein Prämienystem ein, dergestalt, daß diejenige Schicht, welche die größte Produktion im Monat hat, 100 Mark als Prämie erhält, während die Schicht, die an zweiter Stelle steht, die Trostprämie von 50 Mark bekommt.

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Chemische Industrie

Aus dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie 1926.

Nach dem vorliegenden Bericht der Berufsgenossenschaft ist die Zahl der versicherten Betriebe im Jahre 1926 von 13 936 auf 14 091 gestiegen. Die Zunahme beträgt 1,11 Proz. Dagegen ist die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter von 371 408 auf 335 918 gefallen, der Rückgang beträgt 9,56 Proz. Diese Entwicklung wird im Bericht auf die Rationalisierung zurückgeführt. Wir wissen, daß in den meisten Betrieben die Arbeiterzahl stark eingeschränkt ist, die Produktion aber weit größer ist als vor der technischen Umstellung.

Aus dem Bericht lassen sich auch Schlussfolgerungen über die Löhne usw. ziehen. In der Zahl der Vollarbeiter von 335 918 sind auch die Betriebsbeamten mit eingerechnet. Bei diesen Betriebsbeamten erscheint in der Lohn- und Gehaltsaufstellung der Teil des Jahreseinkommens nicht, der über 15 000 Mk. hinausgeht.

In der chemischen Industrie sind nach dem Bericht 2584 Bureaubeamte freiwillig versichert, daneben 329 Unternehmer. Die Gesamtzahl der Versicherten beträgt demnach 338 831 gegen 374 714 im Vorjahre.

Die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter dieser versicherten Personen, ohne Berücksichtigung der Jahreseinkommen der 329 freiwillig versicherten Unternehmer, die eine Pauschale von 3290 Mk. als Beitrag für Versicherung bezahlen, betrug 727 907 322 Mk. Für die freiwillig versicherten Bureaubeamten ist aber nur ein Fünftel des Gehalts zu verrechnen, weil diese Beamten naturgemäß in einer geringen Gefahrenklasse sind. Als versicherungspflichtige Lohn- und Gehaltssumme kommen nach Abzug der vier Fünftel freien Einkommens der Bureaubeamten noch 720 696 170 Mk. in Betracht.

Das versicherungsfreie Einkommen der 2584 freiwillig versicherten Bureaubeamten beträgt 7 211 152 Mk. Demnach beträgt das versicherungspflichtige Einkommen dieser Versicherten 1 802 788 Mk. Das Gesamteinkommen dieser Bureaubeamten läßt sich danach auf 9 013 940 Mk. berechnen. Das Durchschnittseinkommen beträgt demnach 3488 Mk. jährlich.

Die Gesamtlohn- und -gehaltssumme der 335 918 Vollarbeiter einschließlich der Betriebsbeamten beträgt 718 893 382 Mk. Daraus errechnet sich ein durchschnittliches Jahreseinkommen des einzelnen Versicherten von 2140 Mk. oder 42,80 Mk. pro Woche oder 7,13 Mk. auf den Tag verrechnet.

Diese Zahlen spiegeln die unzureichenden Löhne in der chemischen Industrie wider. Die Zahl der in der chemischen Industrie versicherungspflichtigen Betriebsbeamten ist nicht gering. Im Bericht selbst wird angegeben, daß bei diesen Betriebsbeamten das 15 000 Mk. übersteigende Jahreseinkommen nicht mit in Ansatz gebracht wird. Es müssen also Gehälter von 15 000 Mk. in der Gesamtlohnsumme stecken. Die gesamten Laboratoriumschemiker haben höhere Einkommen, als sie der Durchschnitt mit 2140 Mk. ausweist. Werkmeister, Aufseher, Vorarbeiter und, nach oben steigend, Ingenieure und Betriebsleiter gehen über diese Einkommen weit hinaus. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache muß das Durchschnittseinkommen der Arbeiter weit geringer angefaßt werden. Ein Familienvater mit einem Wocheneinkommen unter 40 Mk. muß aber bei den heutigen Lebensmittelpreisen tatsächlich Hunger leiden.

Die Beiträge werden in der Berufsgenossenschaft nach Gefahrenzahlen aus der Gesamtausgabe errechnet. Die Gefahrenzahlen sind in der Berufsgenossenschaft nicht einheitlich, sondern werden in den einzelnen Sektionen selbständig errechnet. Die niedrigste Gefahrenzahl findet sich in der Sektion I mit 7,03, die höchste in der Sektion V mit 9,84. Es folgt die Sektion VI mit 9,52.

Die durchschnittliche Gefahrenzahl steht im Jahre 1926 auf 8,35 gegen 8,32 im Vorjahre. Es ist also auch im letzten Jahre eine Steigerung der Gefahrenzahl eingetreten. Ein Beweis, daß sich die Verhältnisse in der chemischen Industrie nicht gebessert haben.

Die höchste Gefahrenzahl von 9,84 weist die Sektion V (Leipzig) auf. Zu dieser Sektion gehören die Riesenwerke Leuna und die Werke der J. G. Farbenindustrie in Bitterfeld. Es wirft kein gutes Licht auf diese Betriebe, daß gerade dort die höchste Gefahrenzahl herrscht. Aber auch in der Sektion VI (Mannheim) ist die Gefahrenzahl sehr viel höher als der Durchschnitt. In diesem Bezirk liegt das Hauptwerk der J. G. Farbenindustrie, die Farbenfabrik Ludwigshafen und das Stickstoffwerk Oppau. Es scheint also, daß gerade die Großbetriebe der J. G. Farbenindustrie den ungünstigen Stand der Berufsgenossenschaft in diesen Bezirken hervorgerufen haben.

Die Belastung der Unternehmer durch die Beiträge zur Berufsgenossenschaft beträgt auf den Kopf des einzelnen Versicherten pro Jahr 25,57 Mk. oder 51 Pf. pro Woche. Auf die Lohnsumme berechnet 1,2 Prozent, also von je 100 Mk. 1,20 Mk.

Im Bericht heißt es, daß der Genossenschaftsvorstand zur Einschränkung der Rentenfälle, deren Entschädigungshöhe sich von 5 233 558 Mk. im Jahre 1925 auf 7 087 280 Mk. im Jahre 1926 erhöht hat, sein Augenmerk auf eine Verbesserung des Heilverfahrens gerichtet und allen Sektionen dringend empfohlen hat, möglichst weitgehend die Berufsgenossenschaftliche Heilfürsorge eintreten zu lassen.

Im Bericht wird wieder wie in den Vorjahren bedauert, daß die Arbeiter der Unfallverhütung so wenig Interesse entgegenbringen und häufig die Unfälle selbst verschuldet haben. Dabei wird mit zweierlei Maß gemessen, wenn das Schuld-

konto der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgestellt wird. Im Bericht heißt es wörtlich, daß die Betriebsunternehmer wie bisher durchweg tege Anteilnahme für die Bestrebungen der Berufsgenossenschaft auf dem Gebiet der Unfallverhütung zeigten. Wenn da und dort das Entgegenkommen etwas geringer war, so trug daran die wirtschaftliche Lage die Schuld. Es wird dann dargestellt, wie liebtevoll die Arbeitgeber behandelt werden, wenn sie den Anordnungen der Berufsgenossenschaft nicht Folge leisteten. Zum Schluß heißt es: Verwarnungen und Strafen wegen Nichtausführung der Beanstandungen sind gegen Unternehmer beantragt worden, wenn den Sicherheitsforderungen wiederholt nicht entsprochen war. An einer anderen Stelle des Berichts heißt es, daß auch im Berichtsjahr wieder in zehn Fällen leider Strafen gegen Unternehmer in Höhe von 10 bis 150 Mk. wegen andauernder

Zur Ethik des Lohnes.

Es ist etwas Heiliges um Löhne; sie stellen Heime und Familien und häusliche Schicksale dar. Man sollte sehr vorsichtig sein, wenn man an Lohnfragen herantritt. In den Geschäftsbüchern sind Löhne nur Zahlen; aber draußen in der Welt bedeuten sie Brot und Kohlen, Kinderwiegen und die Erziehung von Kindern, Hilfe und Trost für eine Familie und Zufriedenheit.

Henry Ford in seinem Buch über die Entwicklung der Ford-Werke.

Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften verhängt werden müßten. Andauernde Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften kommen einer beharrlichen Weigerung, die Unfallverhütungsvorschriften durchzuführen, gleich. Strafen von 10 bis 150 Mk. gegen solche Vergehen sind lächerlich gering.

Das Verhalten der Versicherten gegenüber den Bestrebungen der Unfallverhütung war nach dem Bericht weniger erfreulich. Deshalb stellte die Berufsgenossenschaft beim zuständigen Versicherungsamt gemäß § 851 AVO. Strafantrag, wenn bei Unfällen die Ursache auf einen Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften zurückgeführt werden konnte. Der durch diese Strafanträge ausgeübte Zwang schien manchmal besser als Vorschriften, Bilder und Belehrungen zu wirken.

Diese Angaben stimmen mit unseren Erfahrungen nicht überein. Die Betriebsräte wenden der Unfallverhütung im allgemeinen ihr Augenmerk zu. Es sind in den einzelnen Bezirken von den Betriebsvereinigungen wiederholt Konferenzen abgehalten, in denen die Erfahrungen ausgetauscht und Wege zur Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten gesucht wurden. Dabei kam aber auch zum Ausdruck — und das ist uns auch von vielen Betriebsräten wiederholt schriftlich unterbreitet worden —, daß viele Unternehmer der Betriebsvertretung jede Möglichkeit nehmen, sich in diesem Sinne zu betätigen. Auch aus Betrieben, wo die Direktionen den Betriebsräten diese Arbeiten zur Pflicht machen, sind Klagen laut geworden, daß untergeordnete Organe den Betriebsräten die Erfüllung dieser Aufgabe erschweren oder unmöglich machen. Wir bezweifeln auch, daß die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft in jedem Falle bei der Befähigung oder Feststellung von Unfallursachen die Betriebsvertretung der Arbeiter hinzuziehen. Wie die Arbeiter an der Erfüllung dieser Aufgabe verhindert werden, läßt ein Schreiben aus unseren Mitgliederkreisen erkennen, in dem gesagt wird, daß bei Befähigung der Betriebe durch die Gewerbeaufsichtsbeamten entweder die Arbeitervertretung nicht hinzugezogen oder vom Unternehmer ein Arbeiter beigegeben wird, der zwar nicht Mitglied des Arbeiterrats, aber „betriebsfromm“ ist. Um hier Abhilfe zu schaffen, schlägt dieser Arbeiter vor, daß die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft und die Gewerbeaufsichtsbeamten bei ihren Revisionen darauf bestehen mögen, in jedem Falle ein Betriebsratsmitglied hinzuzuziehen. Dazu ist aber notwendig, daß sich die Aufsichtsbeamten das in jedem Betrieb vorhandene Wahlprotokoll vorlegen lassen, damit sie auch wirklich Betriebsratsmitglieder zur Seite haben. Solch krasse Fälle dürften vielleicht Einzelfälle darstellen, daß sie aber zu verzeichnen sind, beweist, daß den Arbeitgebern nicht in jedem Falle geglaubt werden darf.

Trotz des immer wiederkehrenden Klagebittens über das Verhalten der Arbeiter ist die Berufsgenossenschaft selbst nicht bereit, Arbeitervertreter für die berufsgenossenschaftliche Arbeit mit heranzuziehen. Durch die Einbeziehung von Berufskrankheiten in die berufsgenossenschaftliche Versicherung hat es sich notwendig gemacht, Krankheitsverhütungsvorschriften auszuarbeiten, denn die Verhütung von Krankheiten ist wichtiger, als die Entschädigung der Folgen. Im Bericht heißt es, daß die technischen Aufsichtsbeamten auf Grund sehr eingehender Beratungen mit den Fabrikärzten die Schaffung von Krankheitsverhütungsvorschriften in Angriff genommen und dem endgültigen Beschlußverfahren zugeführt haben. Der Gedanke, zu diesen Beratungen Arbeitervertreter hinzuzuziehen, ist den Herren nicht gekommen.

Dabei wird im Bericht gesagt, daß es Aufgabe aller Beteiligten sein müsse, die Arbeiten zur Aufklärung aller von der Verordnung Betroffenen und mit ihrer Durchführung Bekannten mit Nachdruck weiter fortzusetzen. Die von den Fabrikärzten der chemischen Industrie unter Mitwirkung der Berufsgenossenschaft herausgegebene Schrift „Was muß der Arzt von der neuen Verordnung über die Einbeziehung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung wissen und welche Pflichten ergeben sich daraus?“ ist eine geeignete Quelle zur Unterrichtung nicht nur von Ärzten, sondern auch

von Unternehmern, Betriebsleitern und anderen verantwortlichen Betriebspersonen.

Warum man diese Schrift nur den Unternehmern und Betriebsleitern empfiehlt, nicht auch den Betriebsräten, ist uns rätselhaft. Die Schrift ist zum sehr billigen Preise zu haben und müßte in gut geleiteten Betrieben dem Betriebsrat zur Verfügung gestellt werden. Damit wollen wir dieses Kapitel schließen, das als unparteiisch von uns nicht gewertet werden kann.

Im Jahre 1926 wurden 23 870 Unfälle gegenüber 21 907 im Jahre 1925 gemeldet, also ein beachtliches Anwachsen der Unfälle gegenüber einer verringerten Arbeiterzahl. Die erstmals entschädigten Unfälle sind dagegen zurückgegangen. Sie betragen 2011 gegenüber 2102 im Vorjahre. Auch die tödlichen Unfälle sind von 173 im Jahre 1925 auf 158 im Berichtsjahre gesunken.

Von 710 gemeldeten Berufserkrankungen wurden 34, davon 2 mit tödlichem Ausgang, entschädigungspflichtig.

Trotz unserer Kritik wird im Bericht die Schuldfrage wie in früheren Jahren behandelt. Nach Statistik werden die Unfälle eingeteilt in 1. mangelhafte Betriebsanrichtungen, 2. keine oder ungenügende Anweisung, 3. Fehlen von Schutzvorrichtungen. Unter diesen drei Ziffern sind 179 Unfälle zu verzeichnen, die auf das Schuldkonto der Unternehmer gesetzt werden. Die Ziffern 4 bis 10, Nichtbenutzung oder Festsichtigung von Schutzvorrichtungen, Handeln wider bestehende Vorschriften, Leichtsinn, Walgerei, Neckerei usw., Ungeächlichkeit, Unvorsichtigkeit, ungeeignete Kleidung, Fehlen von Schutzvorrichtungen und Nachlässigkeit zugleich, Schuld von Mitarbeitern umfassen 826 Unfälle und werden den Arbeitern zur Last gelegt. Weitere 1006 Unfälle, die Ziffern 11 und 12 umfassend, als sonstige in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen, unglücklicher Zufall und nicht zu ermittelnde Ursache, werden keinem als Schuld angerechnet, sondern auf unglückliche Zufälle zurückgeführt.

Wir wehren uns als Vertreter der Arbeiterschaft der chemischen Industrie nach wie vor dagegen, daß die Unfälle unter Ziffer 4 bis 10 von der Berufsgenossenschaft auf das Schuldkonto der Arbeiter gesetzt werden. Wenn wir auch die Hoffnung aufgegeben haben, damit die Gedankengänge der Berichterstatter der Berufsgenossenschaft irgendwie beeinflussen zu können, müssen wir erneut darauf hinweisen, daß diese Berichte der Regierung zugehen und daß durch solche Darstellungen in Regierungskreisen ein falscher Eindruck erweckt wird und dieser falsche Eindruck als statistische Tatsache in die Welt hinausgeht. Die angegebenen Schuldfragen sind in ihrer falschen Darstellung eine Beleidigung für die Chemiearbeiter. Wie wenig die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft berechtigt sind, den Arbeitern in dieser Verallgemeinerung die Schuld zuzuschreiben, wird am besten durch die Tatsache illustriert, die wir kürzlich im „Proletarier“ besprachen. Bei Untersuchung der Ursachen einer Explosion in der chemischen Fabrik de Haën in Seelze bei Hannover, wobei ein Chemiker und ein Arbeiter zu Tode gekommen waren, stellte der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft fest, daß ein Verschulden an dem Unglücksfall niemanden trifft, weil die explosive Wirkung des zur Explosion geföhrteten Arbeitsstoffes bisher nicht bekannt war. Trotzdem mußte die Berufsgenossenschaft dann selbst feststellen, daß ein gleichartiger Fall sich 2½ Jahre früher ereignet hatte, der selbstverständlich von der Berufsgenossenschaft entschädigt werden mußte. Der leitende Chemiker wurde damals vor Gericht gestellt, aber freigesprochen, weil bis dahin die gefährlichen Eigenschaften von Weibromat, um das es sich in beiden Fällen handelte, noch nicht bekannt waren. Zweieinhalb Jahre später brauchte der gebildete technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft im Falle de Haën immer noch nicht zu wissen, daß Weibromat explosive Eigenschaften besitzt.

In der Besprechung des vorjährigen Berichts nahmen wir darauf Bezug, daß nicht nur Arbeiter leichtfertig sich der Gefahr eines Unfalles aussetzen, sondern auch Unternehmer. Wir führten an, daß ein jugendlicher Arbeiter die Wirkung eines Ventilators kennenlernen wollte, wobei er schwer verletzt wurde. Im Gegensatz dazu stellten wir fest, daß ein Unternehmer während des Probelaufs eines Ventilators den Gang der Riemens beobachten wollte und dabei unvorsichtigerweise die rechte Hand auf die Lagertraverse legte, wobei ihm durch die umlaufenden Flügel vier Finger abgeschnitten wurden.

Durch die Angaben in den Berichten der Berufsgenossenschaft werden wir gezwungen, solche Tatsachen festzuhalten. Die technischen Aufsichtsbeamten mögen deshalb bei ihrer Berichterstattung etwas vorsichtiger in der Beurteilung der Schuldfrage zungunsten der Arbeiter sein. Stellten wir doch im letzten Jahre fest, daß ein Gewerbeaufsichtsbeamter, der eine chemische Fabrik besichtigen wollte, ebenfalls die Wirkung eines Ventilators kennenlernen wollte und sich dabei Verletzungen an der Hand zuzog, so daß er den Betrieb unverrichteter Sache wieder verlassen mußte. Wenn schon am grünen Holz so etwas passiert, darf man am dürren Reis der zum Teil abstrichlich nicht in Kenntnis gesetzten Arbeiter nicht mehr erwarten.

Die Arbeitszeit in der Kaliindustrie.

Durch Schiedspruch einer vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichterkammer ist die Arbeitszeit in der Kaliindustrie neu „geregelt“. Es heißt in dem Schiedspruch:

Die Schlichtungskammer vertritt den Standpunkt, daß eine Verkürzung der bisherigen Arbeitszeit in der Kaliindustrie aus sozialpolitischen Erwägungen erforderlich ist, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß jede Verkürzung der Arbeitszeit eine finanzielle Belastung der Werke bedeutet. Einen Bericht auf Mehrarbeit hält die Schlichtungskammer für Zeit wirtschaftlich nicht für vertretbar; sie schlägt den Tarifparteien folgende Regelung der Mehrarbeit vor:

Vom 1. Mai 1927 an lassen die Arbeiter im Anschluß an ihre regelmäßige Schicht Mehrarbeit derart, daß die Arbeitszeit

